

EU-WAHLEN 2024 SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER UMBAU BLEIBT ZENTRALE HERAUSFORDERUNG¹

Von
Astrid Schöggel,
Norbert Templ und
Florian Wukovitsch

Die Klimakrise ist bittere Realität. Wir belasten das Klimasystem² der Erde mit Treibhausgasen und das System reagiert mit immer stärkeren Wetterextremen. Daher muss auch in der nächsten EU-Legislaturperiode die Bewältigung der Klimakrise ein zentraler Schwerpunkt sein. Mit dem Grünen Deal³ wurden in den letzten Jahren die Weichen für den Übergang zur Klimaneutralität bis 2050 gestellt. Wird die EU das Ambitionsniveau halten? Und werden die sozialen Herausforderungen des Übergangs mehr Aufmerksamkeit bekommen?

Die globale Erwärmung beschleunigt sich

Mit einer globalen Durchschnittstemperatur an der Erdoberfläche von 1,45°C über dem vorindustriellen Referenzwert war 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. „Was wir im Jahr 2023 erlebt haben, insbesondere angesichts der beispiellosen Erwärmung der Ozeane, des Gletscherrückgangs und des antarktischen Meereisverlusts, gibt Anlass zu besonderer Sorge“, fasste die Generalsekretärin der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) den aktuellen „State of the Global Climate 2023“⁴ zusammen. In der Klimawissenschaft wird bereits diskutiert, ob der „Klimawandel in eine gefährliche neue Phase eingetreten“⁵ ist und wesentlich schneller voranschreitet als ursprünglich angenommen. Vor diesem Hintergrund stehen wir möglicherweise an einem entscheidenden Wendepunkt der Menschheit. Die Bewältigung der Klimakrise ist – bei allen kriegerischen Konflikten und geopolitischen Spannungen – die zentrale Herausforderung unserer Zeit.

Der Grüne Deal als Antwort der EU

Der Grüne Deal⁶ ist die Strategie der Europäischen Union, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln. Das Ziel der Strategie ist anspruchsvoll, soll

die EU doch im Zuge dessen auch „zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden“. Dass der Grüne Deal weit mehr als Symbolpolitik ist, zeigen die zahlreichen Maßnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen⁷, die in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht wurden. Von zentraler Bedeutung ist das im Juli 2021 in Kraft getretene „Europäische Klimagesetz“⁸, mit dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 und das Zwischenziel, die Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken, gesetzlich verankert wurden. Diese Ziele sind ambitioniert, reichen aber noch nicht. Daher hat die Europäische Kommission Anfang Februar 2024 vorgeschlagen⁹, als neues Zwischenziel¹⁰ den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU bis 2040 um 90 % zu verringern (verglichen mit dem Wert im Jahr 1990). Dieses Ziel bedeutet tiefgreifende Veränderungen des Wirtschaftssystems und eine fast völlige Umstellung der energetischen Basis auf erneuerbare Energieträger.

Umstellung unserer Arbeits- und Produktionsprozesse

Mit Blick auf die kommenden EU-Wahlen ist der Grüne Deal zu einem Wahlkampfthema

Die Bewältigung der Klimakrise ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit.

geworden. Innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) gab es Versuche, im Wahlmanifest¹¹ eine Überarbeitung des EU-Verkaufsverbot für neue Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035 festzuschreiben, was allerdings nicht gelang. Insbesondere konservative und rechte Parteien rütteln massiv am Grünen Deal oder fordern sogar seine Abschaffung¹². Erforderlich wäre aber seine konstruktive Weiterentwicklung. Unbestritten ist, dass die notwendige Umstellung unserer Arbeits- und Produktionsprozesse sowie unseres Konsumverhaltens große Umbrüche mit sich bringen wird, insbesondere für Geschäftsmodelle, Sektoren und Branchen, die bisher stark von der Nutzung fossiler Energieträger abhängig sind. Gleichzeitig entstehen zahlreiche neue Wertschöpfungsketten in für die Erreichung der Klimaneutralität zentralen Zukunftsfeldern wie digitale Technologien, künstliche Intelligenz, Halbleiter, treibhausgas- und ressourcenschonende Produktion, Elektromobilität, Wasserstoff, erneuerbare Energien, Recycling, Kreislaufwirtschaft und Wärmetechnik.

Mit dem Grünen Deal sollen auch die Wertschöpfungsketten in Europa gestärkt werden.

Die Rolle Europas in der Weltwirtschaft

Entscheidend ist, dass diese Wertschöpfungsketten auch in Europa forciert werden. Insofern ist der Grüne Deal heute auch eine Antwort auf die Umbrüche in der Weltwirtschaft hin zu einer Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, ausgelöst insbesondere durch die geopolitischen Rivalitäten zwischen den USA und China. Der 2022 beschlossene Inflation Reduction Act (IRA)¹³ soll nicht nur die Energie- und Mobilitätswende in den USA vorantreiben, er zielt auch auf eine massive Stärkung der industriellen Basis durch Subvention und Schutz der inländischen Produktion. China¹⁴ wiederum strebt die globale Technologieführerschaft in wichtigen Zukunftsfeldern der Wirtschaft an (Strategie „Made in China 2025“) und

ist mittlerweile führend in der Solarzellenproduktion und im Batteriesektor. Mit dem „Netto-Null-Industrie-Gesetz“¹⁵ als Teil des „grünen Industriepans“¹⁶ ergänzt die EU den Grünen Deal um eine starke industriepolitische Komponente mit dem Ziel, bis 2030 mindestens 40 % des jährlichen Bedarfs der EU an sauberen Technologien selbst zu decken. Entscheidend für dieses Vorhaben ist, dass die Nachfrage nach Rohstoffen durch Diversifizierung der Rohstoffquellen („Critical Raw Materials Act“)¹⁷ sichergestellt wird. Insgesamt dürfen die Dekarbonisierungsvorhaben aber nicht dazu führen, dass die EU ihre einseitig auf Liberalisierung ausgegerichtete Handelspolitik und den aggressiven Zugriff auf Ressourcen des Globalen Südes weiter fortschreibt. Stattdessen wäre es sinnvoll, auf eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs durch Recycling, Kreislaufwirtschaft und Substitution zu setzen und regionale Versorgung und Wertschöpfung ins Zentrum zu stellen.

Die Baustellen des sozialen und ökologischen Umbaus

Der Grüne Deal kann eine Blaupause für den sozialen und ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft sein. Ökologisch bedeutet, Produktion und Konsum auf jenen Pfad einzulenken, der notwendig ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen Heizsysteme getauscht, Gebäude saniert, der öffentliche Verkehr und erneuerbare Energien ausgebaut, Energienetze ertüchtigt und die Industrie auf klimaneutrale Produktion umgestellt werden. Damit diese Veränderung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten passiert, braucht es auch einen sozialen Umbau. Eine Klimapolitik, die vor allem als von oben verordnet wahrgenommen wird, wird zu heftigen sozialen Verwerfungen führen und letztlich nicht erfolgreich sein. Es

braucht Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Investitionen in die Grundversorgung, Ordnungspolitik gegen Überkonsum statt Preismechanismen, eine planende Wirtschaftspolitik, Demokratie auf allen Ebenen, umfassende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und eine begleitende Politik, die die EU auf die weitere Verschärfung der Klimakrise vorbereitet¹⁸ und für umfassende soziale Absicherung sorgt.

Der Grüne Deal muss zu einem „Social Green Deal“¹⁹ weiterentwickelt werden, der für einen gerechten Übergang („Just Transition“)²⁰ sorgt. Bereits in der laufenden Legislaturperiode wurden auf EU-Ebene mit dem Fonds für einen gerechten Übergang²¹ und dem Klima-Sozialfonds²² Fördertöpfe beschlossen, die dazu beitragen sollen, die Härten des Übergangs abzufedern. Mit der Empfehlung²³ des Rates zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität vom Juni 2022 gibt es auch einen umfassenden Leitfaden für die Mitgliedstaaten, wie sie einen gerechten Übergang unterstützen können. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, „gegebenfalls in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern umfassende und kohärente Maßnahmenpakete anzunehmen und umzusetzen, in denen die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte berücksichtigt werden, um einen gerechten Übergang in allen Politikbereichen, insbesondere in der Klima-, Energie- und Umweltpolitik, zu fördern“. Im November 2023 wurde ein erster Umsetzungsbericht²⁴ vom Rat gebilligt.

Ganz zentral ist, dass die Arbeitnehmer:innen über die für den Umbau erforderlichen Kompetenzen verfügen. Hier braucht es, neben Initiativen auf Ebene der Mitgliedstaaten, aber auch Rechtsansprüche auf europäischer Ebene, für arbeitssuchende

Menschen muss EU-weit das Recht auf Zugang zu geeigneten Aus- und Weiterbildungen bei existenzsichernder finanzieller Absicherung verankert werden. Ebenso muss es einen Rechtsanspruch der Arbeitnehmer:innen auf ein Mindestmaß an Weiterbildung während der Arbeitszeit und auf bezahlte Bildungskarenz geben. Der kürzlich mit dem Österreichischen Staatspreis²⁵ für Erwachsenenbildung ausgezeichnete Ökobooster²⁶, eine 2023 auf Initiative der Arbeiterkammer Wien in Zusammenarbeit mit dem AMS und dem Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds waff geschaffene Ausbildungsschiene, in der junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung zu Fachkräften in klimarelevanten Berufsfeldern ausgebildet werden, könnte hier ein Vorzeigemodell für ganz Europa werden.

Forderungen für die nächste Legislaturperiode

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)²⁷ hat auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes²⁸ schon Ende 2023 einen mit großer Mehrheit beschlossenen Maßnahmenkatalog²⁹ „zur Schaffung eines EU-Rahmens für den gerechten Übergang“ vorgelegt und betont, dass die Frage eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität in der nächsten Legislaturperiode der EU ganz oben auf der politischen Agenda stehen muss. Darin fordert er unter anderem eine EU-Agenda für nachhaltige Entwicklung bis 2050, die Ernennung eines Kommissionsmitglieds für den gerechten Übergang und die Einrichtung einer entsprechenden Beobachtungsstelle. Nicht unumstritten war die Forderung nach der Verabschiedung einer europäischen Richtlinie für den gerechten Übergang, die die Mitgliedstaaten zur Modernisierung ihrer Sozialsysteme, zur gerechten Verteilung der Vorteile des Wandels und zur Gewährleistung des Zugangs

Soziale Konflikte gefährden den Erfolg der Klimapolitik, daher braucht es jetzt einen „Social Green Deal“, der für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität sorgt.

Die nächste EU-Kommission muss eine umfassende Investitionsagenda auf den Weg bringen.

zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse anregen soll. Die neue EU-Kommission sollte diesbezüglich aber möglichst rasch von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen und einen Richtlinienvorschlag vorlegen.

Unumstritten ist, dass enorme Investitionen notwendig sind, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Auch wenn sich diese relativieren, wenn man sie mit den Kosten

des Nichthandelns vergleicht, muss die nächste EU-Kommission jedenfalls eine umfassende Investitionsagenda auf den Weg bringen. Angesichts dieser Herausforderung ist es sehr bedauerlich, dass die jüngste Reform der EU-Fiskalregeln³⁰ den budgetären Spielraum für grüne Investitionen³¹ nur begrenzt erweitert hat. Zur Absicherung und Beschleunigung des sozialen und ökologischen Umbaus sollte daher ein neuer EU-Klimainvestitionsfonds³² eingerichtet werden. Gleichzeitig sollten die Mitgliedstaaten den Weg für höhere Staatseinnahmen freimachen, etwa durch die Einführung vermögensbezogener Steuern und Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung der Konzerne. Beim letzten Europäischen Rat³³ konnte man sich nur auf diese Formel einigen: „Investitionen in maßgebliche strategische Sektoren und Infrastrukturen erfordern eine Kombination aus ineinandergreifender öffentlicher und privater Finanzierung. Der EU-Haushalt und die EIB-Gruppe spielen weiterhin eine wichtige Rolle“. Wie ein Leak des Entwurfs der strategischen Agenda³⁴ für die nächste Legislaturperiode zeigt, werden ökologische und soziale Ziele zunehmend einer neuen Wettbewerbsagenda untergeordnet.

EU-Demokratie im Umbau

Ein sozialer Umbau bedeutet demgegenüber nicht zuletzt Demokratie auf allen Ebenen³⁵. Damit auch auf europäischer Ebene die Demokratie gestärkt wird und ein weiterer Rechtsdruck verhindert werden kann, muss die Klimapolitik die Interessen der arbeitenden Menschen ernst nehmen. Das bedeutet auch, die dreifache Ungleichheit³⁶ bei der Klimapolitik in den Blick zu nehmen und jene, die die Klimakrise am meisten anheizen, auch zur Verantwortung zu zie-

Bevor die Argumente ausgehen.



**A&W
blog**

awblog.at

EU-Wahlen 2024: Sozialer und ökologischer Umbau bleibt zentrale Herausforderung

Das Europäische Parlament als wichtiger Akteur des sozialen und ökologischen Umbaus muss aufgewertet werden.

hen. Umgekehrt sollen jene Menschen, die besonders unter ihren Folgen leiden, auch wirklich mitbestimmen können.

Bezogen auf die europäische Ebene heißt das: Das Europäische Parlament³⁷ als wichtiger Akteur des sozialen und ökologischen Umbaus muss durch eine hohe Wahlbeteiligung gestärkt und durch eine Reform der EU-Verträge aufgewertet werden. Gleichzeitig gilt es, den sozialen Dialog auf allen Ebenen zu stärken und den übermäßigen Einfluss der Unternehmen³⁸ auf die EU-Po-

litik zurückzudrängen. Die Wahlen zum EU-Parlament sind jedenfalls ein wichtiger Eckpfeiler der demokratischen Mitbestimmung im Umbau.

Astrid Schöggli, AK Wien
astrid.schoeggli@akwien.at

Norbert Tempel, AK Wien
norbert.templ@akwien.at

Florian Wukovitsch, AK EUROPA
florian.wukovitsch@akeuropa.eu

- 1 Der Artikel wurde am 3. 5. 2024 auch auf dem A&W-Blog veröffentlicht.
- 2 Klimaphysik einfach erklärt: So funktioniert der Klimawandel · Dif Nova (deutschlandfunknova.de), abgerufen am 26.4.2024.
- 3 A&W-Blog | Der „Europäische Green Deal“ - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 4 State of the Global Climate 2023 (wmo.int), abgerufen am 26.4.2024.
- 5 Eine neue Phase der Erderwärmung? | SOLARIFY, abgerufen am 26.4.2024.
- 6 resource.html (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 7 Der europäische Grüne Deal - Europäische Kommission (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 8 Publications Office (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 9 AKEUROPA | Klimaziel 2040: EU-Kommission empfiehlt 90 Prozent Emissionsreduktion, abgerufen am 26.4.2024.
- 10 Neues Ziel für 2040: Empfehlung zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 - Europäische Kommission (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 11 Von der Eindämmung der Zuwanderung bis zur Überarbeitung des Green Deal: Die wichtigsten Punkte des EVP-Manifests | Euronews, abgerufen am 26.4.2024.
- 12 MOTION FOR A RESOLUTION on abolishing the European Green Deal | B9-0141/2024 | European Parliament (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 13 A&W-Blog | Comeback der Industriepolitik - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 14 X-Change: The Race to the Top - RMI, abgerufen am 26.4.2024.
- 15 Netto-Null-Industrie-Gesetz - Europäische Kommission (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 16 A&W-Blog | Grüne Industriepolitik in der EU - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 17 AKEUROPA | Kritische Rohstoffe: Mensch und Natur in den Fokus rücken, abgerufen am 26.4.2024.
- 18 AKEUROPA | Europa ist auf unvermeidbare Klimakatastrophen nicht genügend vorbereitet, abgerufen am 26.4.2024.
- 19 A just transition towards climate neutrality for the EU | OSE, abgerufen am 26.4.2024.
- 20 2023_Sabato_Buchs_Vanhille_OseResearchPaper52.pdf, abgerufen am 26.4.2024.
- 21 Finanzierungsquellen für einen gerechten Übergang - Europäische Kommission (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 22 „Fit für 55“: ein Fonds zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Menschen und Unternehmen - Consilium (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 23 C_2022243DE.01003501.xml (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 24 https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15439-2023-INIT/de/pdf, abgerufen am 26.4.2024.
- 25 Preisträgerinnen und Preisträger : Staatspreis 2024 : Aktuelles :: erwachsenenbildung.at, abgerufen am 26.4.2024.
- 26 Öko-Booster – Mehr Fachkräfte für die Energiewende | Arbeiterkammer Wien, abgerufen am 26.4.2024.
- 27 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Maßnahmen zur Schaffung eines EU-Rahmens für den gerechten Übergang“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 28 Belgische Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 29 AKEUROPA | Ein EU-Rahmen für einen gerechten Übergang. Welche Maßnahmen sind gefragt?, abgerufen am 26.4.2024.
- 30 New EU fiscal reforms will impede critical investments, experts warn – Euractiv, abgerufen am 26.4.2024.
- 31 AKEUROPA | Die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU fällt enttäuschend aus, abgerufen am 26.4.2024.
- 32 A&W-Blog | Wie mehr Klimainvestitionen schaffen? Zu deutscher Schuldenbremse & EU-Fiskalregeln (awblog.at), 26.4.2024.
- 33 euco-conclusions-20240417-18-de.pdf (europa.eu), abgerufen am 26.4.2024.
- 34 20240409-leaked-European-Council-strategic-agenda-2024-2029.pdf (greenpeace.org), abgerufen am 26.4.2024.
- 35 A&W-Blog | Demokratie im Umbau (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 36 A&W-Blog | Klima-Ungleichheit: faire Steuern für nachhaltige Zukunft - A&W Blog (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 37 A&W-Blog | Stimme für Demokratie: nachhaltiger Wandel für ein gerechteres Europa (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.
- 38 A&W-Blog | Lobbying auf EU-Ebene - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 26.4.2024.



BESTELLEN!

Unter
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.